

Wer soll die Arbeitslosigkeit bezahlen? 28 Thesen¹

Udo Herrmannstorfer

1. Ursache der gegenwärtigen Entwicklung ist nicht ein konjunktureller Einbruch. Die Produktions- und Versorgungslage ist so gut wie nie. Es fehlt an nichts. Vielmehr ist es die kontinuierliche Entwicklung der Produktivität.
2. Produktivitätszuwachs heißt ja, daß eine gleichbleibende Wertschöpfung mit weniger Menschen geleistet wird. In Zeiten von Wachstum wird diese freiwerdende Kapazität durch neue wertschöpfende Produktion aufgesaugt. Diesen Prozeß beobachten wir nur nachträglich statistisch, da die einzelnen ihre Entscheidung autonom fällen. Solange dieser Aufsaugprozeß funktioniert, d.h. Wachstum stattfindet, solange konnte man die Frage der Arbeitslosigkeit als für den einzelnen vorübergehende Erscheinung vernachlässigen.
3. Wenn die Arbeitslosenstatistik steigende Werte ausweist, dann zeigt dies an, daß der Aufsaugprozeß nicht mehr „automatisch“, d.h. autonom funktioniert. Für die einzelnen Unternehmungen ist dies nicht von Bedeutung, da sie ja nur für die jeweils Beschäftigten verantwortlich sind, nicht aber für die Arbeitslosen. Im Gegenteil, gerade weil das Nichtwachstum zu einer verschärften Konkurrenz um das Bestehende führt, wird der Produktivitätsfortschritt geradezu stimuliert.
4. Da dieser Fortschritt einer abnehmenden Beschäftigung jedoch zu keiner Leistungseinbuße bei der Produktion führt, stellt sich ausschließlich die Frage nach der Umverteilung der Produktivität.
5. Die einzige in unserer Gesellschaft nicht mögliche Variante ist diejenige, daß die arbeits- und damit einkommenslos werdenden Menschen einkommenslos bleiben. Die arbeitsteilige Wirtschaft ist eine gesamtgesellschaftliche Einrichtung. Gesamtgesellschaft und Wirtschaftsgesellschaft dürfen nicht in eine Zweiklassengesellschaft auseinanderfallen.
6. Das führt dazu, daß das Einkommen der Arbeitslosen gesellschaftlich dennoch aufgebracht werden muß. Dies ist auch kein Problem, da real gesehen die Produktionsmenge immer noch an der Gesamtzahl ausgerichtet ist und nicht abgenommen hat. Das Einkommen der Arbeitslosen ist also in Realgütern bereits miterwirtschaftet worden.

¹ Entnommen aus: Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus, Heft 3/1997. Zuerst veröffentlicht in „Verbund Spektrum“, Nr. 9, 1997.

7. Dennoch fließt ihnen das Einkommen nicht unmittelbar zu. Denn in den Kostenrechnungen der Unternehmen sind sie verschwunden. Die Wirtschaft tut betriebswirtschaftlich so, als ob es diese Menschen nicht mehr gäbe. Die Einsparungen werden entweder zu Mehreinkommen der in der Wirtschaft verbleibenden Produktionsfaktoren oder zu Preissenkungen, meist nur in Exportmärkten, verwendet.

8. Deshalb müssen die Einkommen der Arbeitslosen indirekt gebildet werden. Das geschieht in der ersten Phase durch die Arbeitslosenversicherung, in späteren Phasen durch die sonstigen Sozialsysteme, d.h. also durch Beiträge (Invalidenversicherung, Rentenversicherung oder durch Steuermittel). Diese Mittel müssen an der direkten Quelle eingesammelt werden, führen also zu einer Belastung der Einkommensbezieher und Unternehmen. Über diese Belastung durch „Sozialkosten“ wird im allgemeinen geklagt.

9. In Wahrheit jedoch handelt es sich nur um eine Rückverteilung der Produktivität, die in der Annahme weiteren Wachstums bereits unter den Wirtschaftsbeteiligten verteilt wurde. Die wachsende Arbeitslosenzahl zeigt jedoch, daß diese Annahme vor-schnell war und aus diesen Gründen eben rückgängig gemacht werden muß. Die indirekte Mittelherhebung der Arbeitslosenkosten ist keine Zusatzbelastung, sondern eine berechnete Rückverteilung. Es entsteht dabei zunächst niemandem ein wirklicher Nachteil, es kommt nur nicht zu den erhofften Vorteilen.

10. Im allgemeinen Verständnis wird nun gesagt, daß die Arbeitenden die Nichtarbeitenden erhalten müssen. Dabei wird jedoch gegenwärtig ausschließlich an die Einkommen/Löhne der beschäftigten Menschen gedacht. Die Weigerung des Bundes, die Defizite der ALV zu tragen, und die damit verbundene Erhöhung der ALV-Beiträge zusammen mit Leistungskürzungen der ALV machen dies deutlich.

11. Diese Aussage ist nur halb richtig. Volkswirtschaftlich betrachtet muß man genauer sagen, daß die gesamte Wirtschaft diese Aufwendung zu leisten hat. Rückverteilung heißt in diesem Falle, der Frage nachzugehen, wo denn der Produktivitätsfortschritt, der die Arbeitslosigkeit ausgelöst hat, geblieben ist. Es wurde schon erwähnt, daß dies in zwei Richtungen geht: Einkommen und Preis.

12. Volkswirtschaftlich haben wir drei Produktionsfaktoren, die aus der Wertschöpfung der Wirtschaft ihr Einkommen beziehen: Arbeit, Boden und Kapital. Wenn also diese Einkommen tendenziell zu hoch sind, dann müssen alle drei Einkommensarten ihren Anteil zu den Arbeitsloseneinkommen leisten. Tatsache ist jedoch, daß Kapital und Boden nichts dafür tun. Im Gegenteil, ihre Einkommen werden sogar betriebswirtschaftlich bevorrechtigt behandelt. Man stellt z.B. Mitarbeiter frei, damit die Rendite des Kapitals erhalten oder gesteigert wird. Dies ist ein unhaltbarer Zustand.

13. Der Einwand, daß man ja schon genug an Steuern zahle, trifft nicht zu, denn der würde ja auch auf Lohnempfänger zutreffen. Es geht um die zusätzlichen Leistungen, die in dieser Situation aufgebracht werden müssen. Dazu müssen alle drei Einkommensarten ihren Beitrag leisten.

14. Die Lohnempfänger tragen ihren Anteil durch die Arbeitslosenversicherung, an denen sich die Arbeitgeber beteiligen.

15. Zahlungspflichtig wären auch Selbständige. Die Argumentation, man würde ja selbst keine ALV-Leistungen erhalten und müsse deshalb auch nichts zahlen, ist eben

keine volkswirtschaftliche. Es handelt sich nicht um eine in sich selbst geschlossene Arbeiterklasse, die sich selbst zurechtfinden muß. Arbeitslöhne sind keine Kosten, sondern Anteile an der Wertschöpfung. - Im übrigen sind es ja gerade die Selbständigen, die die Unselbständigen benötigen und auch sonst Wert darauf legen, daß diese unselbständig bleiben.

16. Wie könnte es bei den Zinsempfängern des Kapitals aussehen? Dabei wird nicht unterschieden, aus welchen Quellen das Kapital stammt. Das Sparguthaben, das ein Lohnempfänger bei seiner Bank hat, ist davon genauso betroffen, wie der Besitzer großer Vermögen. Ersterer weiß nur nicht, wie die Zusammenhänge sind. Alle Zinsen als Einkommen des eingesetzten Kapitals stammen aus der gleichen Wertschöpfung, aus der auch der Lohn stammt. Mit dem großen Unterschied, daß Kapitaleinkommen meist Zusatzeinkommen sind und außerdem fast rentenhaft, d.h. ohne Arbeitsaufwand, erzeugt werden.

17. Die Rechnungen lassen sich auf unterschiedliche Weise führen und auch differenzieren. Die genauere Festlegung müßte schrittweise erfolgen. Auch fehlen einige wichtige statistische Gliederungen, die noch erarbeitet werden müßten. Die Größenordnung läßt sich ahnen, wenn man den gegenwärtigen Sparguthabenwert von 5 Billionen DM bedenkt.

18. Die Einkommen aus dem Verkauf von Grund und Boden enthalten einen Großteil Kapitaleinkommen, das seinen Beitrag ebenfalls leisten muß. Hier wären genauere Rechnungen notwendig. Deutlich wird aber auch, daß diese Vermögen ein gewichtiger Kostenbestandteil und damit ursächlich für das Entstehen von Arbeitslosigkeit sind.

19. Mit der gleichen Berechtigung muß man auch die unverteilteten Einkommen der Unternehmen behandeln.

20. Diese Rechnungen müssen aber noch von einer anderen Seite her ergänzt werden. Denn ein großer Teil des Produktivitätsfortschrittes fließt in die Preisverbilligung, vor allem in Exportmärkten. In diesem Falle ist die Umverteilung zu Gunsten der Kunden und Konsumenten erfolgt, allerdings ebenfalls in der Annahme von Wachstum. Tritt dieses, wie im vorliegenden Falle, nicht ein, so sind die Preise dadurch insgesamt zu billig. Sie müßten um einen Anteil der Einkommen der Arbeitslosen erhöht werden, so wie vorher die anderen Einkommen gekürzt werden mußten.

21. Die Preise werden in unserer Wirtschaft autonom gebildet und können daher gegenwärtig nicht direkt beeinflußt werden. Eine Maßnahme der genannten Art sollte darüber hinaus wettbewerbsneutral sein und vor allem im Ausland keine negativen Auswirkungen haben.

22. Das gegenwärtig beste Instrument dafür ist eine auf den Inlandsmarkt begrenzte Arbeitsmarktabgabe. Sie wäre am einfachsten ausgestaltbar als zweckgebundener Zuschlag zur Mehrwertsteuer (die Zweckbindung soll verhindern, daß aus der Einnahme eine allgemeine fiskalische Quelle gemacht werden kann), der Zusatz wäre jährlich zu bestimmen.

23. Die Mehrwertsteuer ist im Inland wettbewerbsneutral; im Exportfall wird sie rückerstattet, belastet also nicht; im Importfall trägt das importierte Produkt diesen Aufwand so mit, als ob es im Inland hergestellt worden wäre. Der Hinweis, daß damit

die Arbeitnehmereinkommen wiederum belastet werden, ist dann nicht richtig, wenn inflationsbereinigt sich Preise verbilligen. Wesentlicher ist aber die Möglichkeit, über einen Steuerfreibetrag die Sozialkomponente zu berücksichtigen.

24. Diese Art der Besteuerung würde einen weiteren wichtigen Schritt in Richtung Ausgabensteuern statt Einkommensteuern bedeuten. Zu diesem Thema gibt es bereits seit Jahren eine bedeutende Steuerrdiskussion.

25. Wegen der vorgenannten Eigenschaften der Ausgabensteuer wäre durchaus zu überlegen, die gesamte Altersversorgung, evtl. auch andere Systeme, darüber zu finanzieren. Es ist durchaus international ein Vorteil, da damit auf jedem Markt die dort herrschenden Bedingungen gelten.

Aus dem Genannten heraus ergibt sich, daß die Finanzierung der Arbeitslosigkeit kein finanzielles Problem ist. Das finanzielle Volumen könnte pro Jahr um die ganze Quote oder einen Teil der Produktivitätssteigerung erweitert werden, wenn es zu keiner Erholung der Beschäftigung käme. Die zu leistenden Beträge sind durchaus kein Ruin unserer Lebensverhältnisse. Die für den einzelnen auftretenden Belastungen stellen nur einen Bruchteil derjenigen dar, denen Arbeitslose und deren Angehörige ausgesetzt sind.

26. Es muß aber noch einmal betont werden, daß es sich dabei nicht um Opfer handelt, die die Zahlenden aus sozial-moralischen Haltungen heraus erbringen. Vielmehr geben sie nur zurück, was sie sich zu früh, im Vertrauen auf fortdauerndes Wachstum, auf verschiedene Weise angeeignet hatten. Sie müssen mit der Tatsache leben, daß kein die Vollbeschäftigung im bisherigen Sinne aufrechterhaltendes Wachstum stattfindet. Man mag das bedauerlich finden. Es läßt sich jedoch nicht ohne weiteres ändern. Aber niemand wird real geschädigt.

Die Arbeitslosigkeit ist zwar in der gegenwärtigen Art des Auftretens ein Krankheits-symptom der Gesellschaft, sie ist es aber nur deshalb, weil die freien Kräfte noch keine sinnvolle positive Gestaltung gefunden haben. Es wäre richtiger, von Arbeitspotentialen oder „Freiheitspotential“ zu sprechen.

27. Bei den vorgeschlagenen Maßnahmen geht es um ein Mindestmaß an sozialer Solidarität. Vom Ausmaß her ist es eigentlich nicht der Rede wert. Niemand wird dadurch in ernsthafte Schwierigkeiten geraten. Aber es geht wohl ums Prinzip. Einerseits um das demokratische Grundverständnis: Steht das Interesse einer Gruppe, auch wenn sie groß ist und Wirtschaft heißt, höher als die Verantwortung für die Gesamtgesellschaft? Andererseits um das wirtschaftliche Grundverständnis: Sind Arbeits- und Sozial-einkommen nur Kosten der Wirtschaft oder sind sie nicht eigentlich wertschöpfend und damit Hervorbringer der Wirtschaft?

28. Eine Wirtschaft gegen die Gesamtgesellschaft und gegen den einzelnen Menschen kann und darf es nicht geben. Die jetzige Arbeitslosigkeit wäre eine gute Gelegenheit, einen wichtigen Schritt Richtung Zusammenwachsen aller drei Aspekte zu machen.